

Der Bürgermeister



Postanschrift: Stadtverwaltung 53754 Sankt Augustin

1/ An die
CDU, SPD, FDP-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion Aufbruch!
im Hause
Herrn Günter Austria-Zink

Dienststelle
Fachbereich Finanzen
Kämmerei, Markt 1

Auskunft erteilt:
Herr Raubach

Zimmer:
602

Telefon (0 22 41) 2 43-0

Durchwahl: 207

Telefax (0 22 41) 243-430

Durchwahl: 77207

E-Mail-Adresse: wilfried.raubach@sankt-augustin.de

Internet-Adresse: <http://www.sankt-augustin.de>

Besuchszeiten

Rathaus

montags:
8.30 - 12.00 u. 14.00 - 18.00 Uhr,
dienstags bis freitags:
8.30 Uhr - 12.00 Uhr

Bürgerservice (Ärztelhaus)

montags und donnerstags:
7.30 Uhr - 18.00 Uhr,
dienstags und mittwochs:
7.30 Uhr - 14.00 Uhr,
freitags: 7.30 Uhr - 12.00 Uhr

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Mein Zeichen
2/10-Ra

Datum
08.09.2010

Handwritten signature and date 10/9

**Verbesserte Bürgerinformation über den kommunalen Haushalt
Beschluss des Rates vom 3.3.2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Grund des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Rat die Verwaltung in der o.a. Sitzung beauftragt, rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen dem Haupt- und Finanzausschuss oder dem Rat zu berichten, wie den BürgerInnen in einer einfachen und verständlichen Form die Haushaltsstruktur und die wichtigsten Erträge und Aufwendungen, die sog. freiwilligen Leistungen, die Entwicklung der Steuersätze, die wichtigsten Investitionen und die Entwicklung der Schulden sowie die sich daraus ergebende Entwicklung der Finanzsituation vorgestellt werden kann.

§ 80 GONRW schreibt vor, dass „nach Zuleitung des Entwurfs der Haushaltsatzung mit ihren Anlagen an den Rat diese unverzüglich bekannt zu machen ist und während der Dauer des Beratungsverfahrens im Rat zur Einsichtnahme verfügbar zu halten ist“.

Von dieser Möglichkeit haben die Einwohner und Abgabepflichtigen seit Jahren keinen Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus stellt die Verwaltung den Entwurf des Haushaltsplanes mit einem kurzen Vorwort in das Internet ein. Interessierte werden aufgefordert, Fragen, Anregungen und Verbesserungsvorschläge an die Mitarbeiter der Kämmerei zu richten. Auch von dieser Möglichkeit ist bislang kein Gebrauch gemacht worden.

Das liegt sicherlich daran, dass das gesamte Zahlenwerk relativ unübersichtlich und für die BürgerInnen nicht ohne weiteres zu verstehen ist.



Über die gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten hinaus haben verschiedene Kommunen unter dem Stichwort „Bürgerhaushalt“ eine weitere Beteiligung der Bürger versucht.

Mit dem Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ haben in Nordrhein-Westfalen sechs Pilotkommunen den Versuch unternommen, neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushalts zu gehen. Nach dem Startschuss im November 2000 haben sie in dreieinhalb Jahren vielfältige Veranstaltungen, Aktionen und Einzelprojekte zum „Kommunalen Bürgerhaushalt“ erprobt.

Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die personelle und finanzielle Belastung der Modellstädte durch die Förderung des Landes und die Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung deutlich verringert wurde.

Eine der Modellkommunen (Monheim) hat sich bereits 2005 wieder vom Bürgerhaushalt verabschiedet, weil der finanzielle und personelle Aufwand in keinem Verhältnis zum Ergebnis gestanden hat.

Festzuhalten ist aus dem Projekt, dass die Modellkommunen der Meinung sind, dass ein Bürgerhaushalt grundsätzlich in jeder Kommune realisiert werden kann – unabhängig von der Größe und finanziellen Situation. Allerdings müssen bei der Information und Konsultation der Einsatz der Methoden und die Instrumente auf die jeweiligen Bedingungen zugeschnitten werden. So ist es eher angebracht, die Information und Konsultation über die örtlichen Medien bzw. über das Internet zu organisieren und weniger über Bürgerforen oder direkte, persönliche Schreiben an die Bürger.

Daher sehen viele Städte, die sich bislang mit diesem Thema befasst haben, das Internet mittlerweile als günstigste Methode hinsichtlich der Meinungsumfrage zum Haushalt an.

Die Verwaltung beabsichtigt, den Haushaltsplanentwurf im Hinblick auf eine stärkere BürgerInnenbeteiligung in Zukunft für die BürgerInnen möglichst einfach darzustellen und die Schwerpunkte zu erklären. Dazu soll das Internet genutzt werden. Hierüber können auch Fragen gestellt und Anregungen und Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

Eine solche Darstellung soll insbesondere die Haushaltsstruktur in grafischer Form mit den wichtigsten Erträgen und Aufwendungen enthalten, des weiteren die sog. freiwilligen Leistungen, die Entwicklung der Steuersätze, die wichtigsten Investitionen und den Schuldenstand sowie die sich daraus ergebende Entwicklung der finanziellen Situation. Die Präsentation wird mit dem Hinweis auf die Ansprechpartner in der Kämmerei sowie der Aufforderung, Anregungen und Verbesserungen an die Verwaltung zu richten, auf der städtischen Internetseite veröffentlicht.

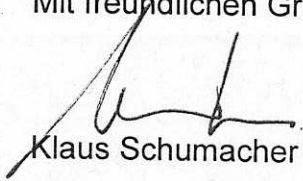
Diese Unterlagen werden auch der örtlichen Presse zur Verfügung gestellt, damit die Informationen die BürgerInnen auch hierüber erreichen und auch hier auf die Veröffentlichung im Internet, aber auch auf die Ansprechpartner in der Verwaltung hingewiesen wird.

Die Durchführung einer – auch intensiv beworbenen – Informationsveranstaltung wird in den meisten Städten und Gemeinden, die solche Veranstaltungen durchgeführt

haben, nicht mehr als zielführend angesehen, da derartige Veranstaltungen nach den gemachten Erfahrungen nur von einem äußerst geringen Personenkreis besucht werden, der im allgemeinen unter 0,1 % der BürgerInnen liegt. Hinzu kommt, dass eine intensive Werbung nicht unerhebliche finanzielle Mittel erfordert, die bei HSK-Kommunen als zusätzliche freiwillige Aufwendungen angesehen werden und damit nicht zulässig sind.

Die diesem Schreiben beigefügten Darstellung²¹² sollen mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 aktualisiert und ins Internet eingestellt werden. Des weiteren wird wie bisher der komplette Haushaltsplan im Internet veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen


Klaus Schumacher

Anlagen

2/ Wv.

 8/9